Einwände gegen die Niederschrift noch möglich

Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/05/2019

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 24.06.2019, Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 22:20 Uhr

Anwesend

Stadtverordnete

Frau Carola Behr	
Herr Thomas Bellizzi	
Frau Doris Brandt	
Herr Claas-Christian Dähnhardt	
Herr Jürgen Eckert	
Herr Peter Egan	
Herr Uwe Gaumann	
Herr Rolf Griesenberg	
Frau Susanna Hansen	
Frau Nicole Johannsen	
Herr Volkmar Kleinschmidt	
Herr Eckehard Knoll	
Frau Cordelia Koenig	
Herr Markus Kubczigk	
Herr Detlef Levenhagen	
Frau Nadine Levenhagen	
Frau Susanne Lohmann	
Herr Horst Marzi	
Frau Jessica Mellin	
Herr Ali Haydar Mercan	außer TOP 12
Frau Franziska Mey	
Herr Jochen Proske	
Herr Bela Randschau	
Herr Leon Rathje	bis TOP 17 tlw.
Herr Bernd Röper	
Herr Wolfgang Schäfer	
Frau Kirstin Schilling	
Frau Karen Schmick	
Herr Christian Schmidt	
Herr Erik Schrader	
Herr Christian Schubbert-von Hobe	
Herr Wolfdietrich Siller	
Herr Dr. Detlef Steuer	
Herr Benjamin Stukenberg	
Herr Michael Stukenberg	

Einwände gegen die Niederschrift noch möglich

Frau Silke von Stockum
Herr Roland Wilde

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Tim Grammerstorf	Kinder- und Jugendbeirat
Herr Christof Schneider	Seniorenbeirat

Verwaltung

Herr Michael Sarach	
Herr Thomas Reich	
Herr Horst Kienel	
Herr Peter Kania	
Frau Meike Niemann	bis 21:30 Uhr
Herr Henning Wachholz	
Frau Imke Bär	Personalrat, bis TOP 20
Frau Jasna Makdissi	Gleichstellungsbeauftragte, bis TOP 20
Frau Birgit Reuter	Protokollführerin

Entschuldigt fehlen

Stadtverordnete

Herr Marcus Olszok
Herr Andreas Plässer
Herr Matthias Stern

Einwände gegen die Niederschrift noch möglich

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1.	Begrüßung und Eröffnung der Sitzung	
2.	Feststellung der Beschlussfähigkeit	
3.	Einwohnerfragestunde	
4.	Festsetzung der Tagesordnung	
5.	Einwände gegen die Niederschrift Nr. 04/2019 vom 27.05.2019	
6.	Berichte/ Mitteilungen des Bürgermeisters	
6.1	Berichte gem. § 45 c GO	
6.2	Sonstige Berichte/ Mitteilungen	
6.2.1	Finanzbericht Nr. 08/2019	
7.	Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung eines Ausschusses	**AN/037/2019**
8.	Aufstellungsbeschluss einer Gestaltungssatzung für die historischen Gebäude in der Langen Reihe (Lange Reihe Nr. 1 - 8, Flur 14 - Flurstücke 3, 4, 5, 22)	**2019/056**
9.	Städtebaulicher Vertrag über die Planungskosten für den B-Plan Nr. 99/„Alte Reitbahn und Adolfstraße 18 und 20“	**2019/061**
10.	Städtebaulicher Vertrag über die Planungskosten für den B-Plan Nr. 100 für den Bereich Bahnhofstraße 15 und 17	**2019/062**
11.	Städtebaulicher Vertrag über die Durchführung von Erschließungsmaßnahmen für die 2. Verlängerung der Straße „Am Rauchhause" und Zustimmung zum Bauprogramm	**2019/073**
12.	Parkgebühren im Stadtgebiet	**2019/067**
13.	Stormarnschule - Sanierung des Chemiebereiches/ Antrag auf eine überplanmäßige Ausgabe gem. § 95 d GO - Sanierung der Trink- und Abwasserinstallationen im Gebäudetrakt von 1950 (Austausch bleihaltiger Rohre in den Steigleitungen)/ Antrag auf eine außerplanmäßige Ausgabe gem. § 95 d GO	**2019/082**

Einwände gegen die Niederschrift noch möglich

14.	Schulzentrum Am Heimgarten - Sanierung der WC-Anlagen im Hauptgebäude - Antrag auf eine überplanmäßige Ausgabe i. H. v. 42.500 € gem. § 95 d GO	**2019/068**
15.	Spiel Sport Club Hagen Ahrensburg von 1947 e. V. (SSC Hagen) - Verlängerung des Nutzungsvertrages über die Bewirtschaftung und Unterhaltung der städtischen Sportanlage Am Hagen	**2019/064**
16.	Neubau des Freizeitbades badlantic am Standort Reeshoop 60 - Bestimmung der Bauträgerschaft	**2019/069**
17.	Antrag der WAB - Resolution zum Lärmschutz wegen Fehmarnbeltquerung	**AN/038/2019**
18.	Anpassung der Verwaltungsorganisation der Stadt Ahrensburg	**2019/081**
19.	Erlass der II. Nachtragshaushaltssatzung 2019 - Beschlussfassung über den 2. Nachtragsstellenplan	**2019/077/1**
20.	Erlass der II. Nachtragshaushaltssatzung 2019	**2019/080/1**
21.	Neubau Moorwanderwegbrücke / Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe	**2019/072**
22.	Stormarnplatz - Errichtung einer Tiefgarage und eines urbanen Stadtparks	**2018/115/1**
22.1	Alternativantrag der FDP-Fraktion zur Beschlussvorlage 2018/115/1 "Errichtung eines Parkhauses als Alternative zum Bau einer Tiefgarage unter dem Stormarnplatz" (AN/021/2019)	
22.2	Änderungsantrag Vorlage 2018/115/1 "Stormarnplatz-Tiefgarage" (AN/030/2019)	
22.3	Änderungsantrag "Stormarnplatz-Tiefgarage" der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (AN/035/2019)	
22.4	Antrag der FDP-Fraktion Alternativantrag zur Beschlussvorlage 2018/115/1 - Version 3 (AN/021/2019) - Errichtung eines Parkhauses als Alternative zum Bau einer Tiefgarage unter dem Stormarnplatz (AN/036/2019)	
23.	Feststellung des Jahresabschlusses 2018 und Behandlung des Jahresergebnisses der Stadtbetriebe Ahrensburg	**2019/076**

Einwände gegen die Niederschrift noch möglich

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgervorsteher Wilde begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgervorsteher Wilde stellt die Beschlussfähigkeit fest.

3. Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende des Bürger- und Grundeigentümervereins Waldgut Hagen e.V., **Herr Siemers**, erinnert an die schriftliche Beantwortung seiner in der Stadtverordnetenversammlung am 29.04.2019 gestellten Anfrage zu dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung „Resolution der Stadtverordnetenversammlung an die DB Netz AG betreffend Lärmschutz in Ahrensburg."

Anmerkung der Verwaltung:

*Die schriftliche Beantwortung der Anfrage ist als **Anlage** diesem Tagesordnungspunkt beigefügt.*

Ergänzend fügt der Vorsitzende des Bürger- und Grundeigentümervereins Waldgut Hagen e.V. Ahrensburg hinzu, dass in Abänderung zu den Ausführungen in der Niederschrift der Stadtverordnetenversammlung Nr. 04/2019 vom 27.05.2019 er nicht als Privatperson, sondern als Vorsitzender des Bürger- und Grundeigentümervereins Waldgut Hagen e.V. Ahrensburg im Rahmen der Einwohnerfragestunde Anfragen und Anregungen gestellt habe.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Stadtverordneter Proske beantragt die Absetzung der Tagesordnungspunkte 22 - 22.4 betreffend „Stormarnplatz – Errichtung einer Tiefgarage und eines urbanen Stadtparkes". Aufgrund der laufenden „Petition" des KiJuB sollten keine Beschlüsse gefasst werden, bevor die Frist für die „Petition" nicht abgelaufen sei.

Stadtverordneter D. Levenhagen von der CDU-Fraktion weist auf die bereits erfolgten zahlreichen Diskussionen und Beratungen zu der Angelegenheit „Stormarnplatz - Errichtung einer Tiefgarage und eines urbanen Stadtparkes" hin.

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion kritisiert, dass nicht ausreichend Zeit gewesen sei, sich mit der geänderten Empfehlung des Umweltausschusses, der unmittelbar vor der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung getagt habe, zu befassen.

Einwände gegen die Niederschrift noch möglich

Die Verwaltung berichtet, dass für eine Vertagung dieses Tagesordnungspunktes nicht ausreichend Zeit ist. Es besteht eine Förderungszusage, die einen Vorantrag und einen Hauptantrag beinhaltet. Für die Stellung des Hauptantrages bedarf es einer Ausführungsplanung, die erarbeitet werden muss. Eine Vertagung des Tagesordnungspunktes in dieser heutigen Stadtverordnetenversammlung bedeutet die Verschiebung der Fertigstellung der Ausführungsplanung in das Jahr 2020. Die Ausführungsplanung beinhaltet Skateranlage, Park und das BBH, deren Frist für die Förderung dann gefährdet ist. Ansonsten würde man die Fördermittel verlieren.

Stadtverordneter Egan von der WAB-Fraktion plädiert für die Beratung der Angelegenheit „Stormarnplatz – Errichtung einer Tiefgarage und eines urbanen Stadtparkes“, zumal die Vorlage 2018/115/1, der Antrag AN/030/2019 der WAB-Fraktion und der Antrag AN/035/2019 von Bündnis 90/Die Grünen seit längerem vorliegen würden.

Herr Grammersdorf spricht sich im Namen des Kinder- und Jugendbeirates dafür aus, den Park auf dem Stormarnplatz zu belassen und für den Park eine Förderung zu beantragen. Über die Errichtung einer Tiefgarage oder eines Parkhauses sollte später entschieden werden.

Stadtverordneter Schmidt von Bündnis 90/Die Grünen plädiert für die heutige Beratung der Angelegenheit „Stormarnplatz – Errichtung einer Tiefgarage und eines urbanen Stadtparkes“, da Anträge und Vorlagen lange Zeit vorlagen und bereits in den Fraktionen diskutiert werden konnten. Sofern jedoch nicht rechtzeitig die Ausführungsplanungen vorgelegt werden könnten, werde die Stadt keine Förderung für den Park und das BBH erhalten.

Stadtverordneter Mercan spricht sich im Namen der Fraktion DIE LINKE. aufgrund der Sammlung von Unterschriften durch den KiJuB für eine Petition und der geänderten Empfehlung des vor der Stadtverordnetenversammlung stattgefundenen Umweltausschusses für eine Vertagung dieses Tagesordnungspunktes aus.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch die Stadtverordneten Koenig und Proske als auch dem Vertreter des KiJuBs, Herrn Grammersdorf.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Proske von der SPD-Fraktion stellt die Verwaltung fest, dass ein gemeinsamer Antrag Bruno-Bröker-Haus und Stadtpark gestellt worden ist. Die Verwaltung wird zukünftig beide Objekte trennen, das heißt für den Stadtpark und für das BBH ist jeweils ein gesonderter Antrag zu stellen und auch gesondert zu bearbeiten. An dem Stadtpark hängt jedoch die Skateranlage. Der entsprechende Wettbewerb wird nach der Sommerpause erfolgen. Er weist auf die Erforderlichkeit hin, dass unabhängig von der Petition des KiJuBs in der heutigen Sitzung eine Beschlussfassung notwendig ist.

Stadtverordnete Koenig weist darauf hin, dass die Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses vom Umweltausschuss lediglich dahingehend geändert worden sei, dass der Wettbewerb zeitgleich durchgeführt werden müsse und nicht im Anschluss.

Einwände gegen die Niederschrift noch möglich

Anschließend wird über den Antrag des Stadtverordneten Proske auf Vertagung des Tagesordnungspunktes 22 „Stormarnplatz - Errichtung einer Tiefgarage und eines urbanen Stadtparkes“ einschließlich der Tagesordnungspunkte 22.1 – 22.4 wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: **10 dafür**
27 dagegen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Bürgermeister Sarach zieht anschließend den Tagesordnungspunkt 18 „Anpassung der Verwaltungsorganisation der Stadt Ahrensburg“, Vorlage Nr. 2019/081, zurück.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten der mit Einladung vom 13.06.2019 versandten Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung mit oben genannter Änderung mit der erforderlichen Mehrheit zu.

Abstimmungsergebnis: **30 dafür**
7 dagegen

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 04/2019 vom 27.05.2019

Im Rahmen des Tagesordnungspunktes 3 – Einwohnerfragestunde Absatz 1 Satz 1 – erfolgt folgende Änderung:

„Bürgermeister Sarach nimmt Stellung zu dem Schreiben des **Vorsitzenden des Bürger- und Grundeigentümervereins Waldgut Hagen e.V. Ahrensburg**, Herrn Siemers.“

Die Stadtverordneten berücksichtigen den Einwand einvernehmlich in der Niederschrift der Stadtverordnetenversammlung Nr. 04/2019 vom 27.05.2019. Weitere Einwände gegen die Niederschrift bestehen nicht.

6. Berichte/ Mitteilungen des Bürgermeisters

6.1 Berichte gem. § 45 c GO

- Keine -

6.2 Sonstige Berichte/Mitteilungen

6.2.1 Finanzbericht Nr. 08/2019

Siehe Anlage

Einwände gegen die Niederschrift noch möglich

AN/037/2019

7. Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung eines Ausschusses

Dem Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung eines Ausschusses wird einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

Einwände gegen die Niederschrift noch möglich

2019/056

8. Aufstellungsbeschluss einer Gestaltungssatzung für die historischen Gebäude in der Langen Reihe (Lange Reihe Nr. 1 - 8, Flur 14 - Flurstücke 3, 4, 5, 22)

Stadtverordnete und stellvertretende Vorsitzende des Bau- und Planungsausschusses Frau Behr hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Randschau erklärt im Namen der SPD-Fraktion, dass ursprünglich neben einer Gestaltungs- auch eine Erhaltungssatzung vorgesehen gewesen sei, die jedoch mögliche Änderungen im Bestand erheblich erschwert hätte. Die Gebäude in dem Geltungsbereich des Satzungsentwurfes seien jedoch aus denkmalpflegerischer Sicht nicht unbedingt erhaltenswert und auch zum Teil sanierungsbedürftig. Die SPD-Fraktion wird deshalb dem Beschluss der Vorlagenummer 2019/056 zustimmen.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten über den nachfolgenden Beschlussvorschlag der Vorlagennummer 2019/056 wie folgt ab:

„1. Für die Gebäude nördlich der Straße Lange Reihe wird eine Gestaltungssatzung gemäß § 84 LBO in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein aufgestellt **(Geltungsbereich siehe Anlage 1 zur Vorlagennummer 2019/056).**

2. Der Aufstellungsbeschluss wird ortsüblich bekannt gemacht.

3. Das Verfahren wird zusätzlich zum (Standard-)Verfahren durch eine Beteiligung der Eigentümer*innen ergänzt.

4. Der Beschluss zur Aufstellung einer integrierten Erhaltungs- und Gestaltungssatzung wird aufgehoben.“

Abstimmungsergebnis:	**Gesetzliche Vertreter:**	**40**
	Anwesend:	**37**
	37	**dafür**
	0	**dagegen**
	0	**Enthaltung**

Dem Beschlussvorschlag ist somit einstimmig zugestimmt.

Anmerkung der Verwaltung:

Aufgrund des § 22 GO waren keine Stadtverordneten von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Einwände gegen die Niederschrift noch möglich

2019/061

9. Städtebaulicher Vertrag über die Planungskosten für den B-Plan Nr. 99/„Alte Reitbahn und Adolfstraße 18 und 20“

Stadtverordnete und stellvertretende Vorsitzende des Bau- und Planungsausschusses Frau Behr hält den Sachvortrag.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem nachfolgenden Beschlussvorschlag der Vorlagennummer 2019/061 wie folgt zu:

„Dem als **Anlage zur Vorlage 2019/061** beigefügten städtebaulichen Vertrag über Planungsleistungen nach § 11 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BauGB wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Einwände gegen die Niederschrift noch möglich

2019/062

10. Städtebaulicher Vertrag über die Planungskosten für den B-Plan Nr. 100 für den Bereich Bahnhofstraße 15 und 17

Stadtverordnete und stellvertretende Vorsitzende des Bau- und Planungsausschusses Frau Behr hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Proske führt im Namen der SPD-Fraktion aus, dass die SPD-Fraktion dem städtebaulichen Vertrag nicht zustimmen wird, da die Kopplung der Bauvorhaben Bahnhofstraße – Alte Reitbahn nicht vorteilhaft für die Stadt Ahrensburg sei.

Stadtverordneter Mercan lehnt im Namen der Fraktion DIE LINKE. die Vorlage ab, da sich in dem städtebaulichen Vertrag der Investor nicht verpflichte, das Kino zu realisieren.

Stadtverordneter D. Levenhagen von der CDU-Fraktion führt aus, dass sich die CDU-Fraktion für dieses Projekt ausspricht und davon ausgeht, dass eine Realisierung der Bauprojekte erfolgen wird.

Nach Auffassung des Stadtverordneten Randschau von der SPD-Fraktion gäbe es keine Garantie, dass der Investor ein Kino realisiere. Auch der städtebauliche Vertrag beinhalte keine Garantie zum Bau eines Kinos.

Stadtverordneter Bellizzi von der FDP-Fraktion stimmt den Ausführungen des Stadtverordneten Randschau zu. Die FDP-Fraktion wird jedoch alledem dem städtebaulichen Vertrag zustimmen, da - sofern ein Kino nicht entstehe - es die Möglichkeit geben würde, auf dieser Fläche bezahlbaren Wohnraum zu errichten.

Stadtverordneter Egan von der WAB-Fraktion wird dem städtebaulichen Vertrag zustimmen. Der städtebauliche Vertrag umfasse ausschließlich die Übernahme der Planungskosten für das Bauleitplanverfahren durch den Vorhabenträger. Aus der Übernahme der Planungskosten ergebe sich kein Anspruch des Vorhabenträgers auf einen rechtskräftigen Bebauungsplan.

Auf Anfrage des Stadtverordneten Mercan erklärt die Verwaltung, dass Gegenstand des Vertrages ausschließlich die Übernahme der Planungskosten durch den Investor sei. Alles Weitere sei Gegenstand nachfolgender Vertragsverhandlungen. Eine Haftung der Stadt, etwaige Aufwendungen des Vorhabenträgers, die dieser im Hinblick auf die Aufstellung des Bebauungsplanes oder den Vollzug dieses Vertrages tätigt, ist ausgeschlossen.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagennummer 2019/062, der wie folgt lautet, zu:

„Dem als **Anlage der Vorlagenummer 2019/062** beigefügten städtebaulichen Vertrag über Planungsleistungen nach § 11 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BauGB wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis: **27 dafür**
10 dagegen

Einwände gegen die Niederschrift noch möglich

2019/073

11. Städtebaulicher Vertrag über die Durchführung von Erschließungsmaßnahmen für die 2. Verlängerung der Straße „Am Rauchhause" und Zustimmung zum Bauprogramm

Stadtverordnete und stellvertretende Vorsitzende des Bau- und Planungsausschusses Frau Behr hält den Sachvortrag.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem nachfolgenden Beschlussvorschlag der Vorlagennummer 2019/073 wie folgt zu:

„Dem als **Anlage 1 zur Vorlage 2019/073** beigefügten städtebaulichen Vertrag über die Durchführung von Erschließungsmaßnahmen wird zugestimmt."

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Einwände gegen die Niederschrift noch möglich

2019/067

12. Parkgebühren im Stadtgebiet

Stadtverordnete und stellvertretende Vorsitzende des Bau- und Planungsausschusses Frau Behr hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Proske erklärt, dass im Rahmen der Beratungen sowohl im Bau- und Planungsausschuss als auch in anderen Gremien der Stadt festgestellt worden sei, dass es sich bei diesem Beschlussvorschlag um einen Zwischenschritt handele. In absehbarer Zeit sollte grundsätzlich über die Parkordnung beraten werden, insbesondere an welchen Stellen es welche Bedarfe gebe, wer dort parken würde bzw. wie in diesem Zusammenhang eine Gebührenordnung sinnvoll gestaltet werden sollte.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem nachfolgenden Beschlussvorschlag der Vorlagennummer 2019/067 wie folgt zu:

„Die als **Anlage 2 der Vorlage 2019/067** beigefügte 2. Änderung der Stadtverordnung wird beschlossen."

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

Einwände gegen die Niederschrift noch möglich

2019/082

13. Stormarnschule

- **Sanierung des Chemiebereiches/ Antrag auf eine überplanmäßige Ausgabe gem. § 95 d GO**
- **Sanierung der Trink- und Abwasserinstallationen im Gebäudetrakt von 1950 (Austausch bleihaltiger Rohre in den Steigleitungen)/ Antrag auf eine außerplanmäßige Ausgabe gem. § 95 d GO**

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses Herr Schubbert-von Hobe hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Proske führt aus, dass die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag der Vorlagennummer 2019/082 zustimmen wird. Er bittet um Auskunft, ob es eine systematische Erfassung und Begehung bzw. Untersuchung der städtischen Gebäude geben wird. Sollte dies nicht erfolgen, sollte überlegt werden, derzeitige Maßnahmen einzuführen, damit dauerhafte Gesundheitsgefährdungen ausgeschlossen werden können.

Stadtverordneter Schubbert-von Hobe von Bündnis 90/DIE GRÜNEN erklärt, dass dem Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss bewusst sei, dass in der Vergangenheit eher Neubauten anstatt Sanierungen vorgenommen worden seien. Dies soll geändert werden. Für die Stormarnschule seien bereits jetzt im Haushalt 100.000 € eingeworben, um ein Sanierungskonzept zu erstellen.

Stadtverordneter Kubczigk von der SPD-Fraktion stellt fest, dass es sich bei der Nachfrage des Stadtverordneten Proske insbesondere um Schäden mit akuten Gesundheitsgefährdungen handele und wie man diese bereits vorab erkennen könne, zum Beispiel mit einer Durchführung von Trinkwasser- oder auch Asbestmessungen. In diesen Fällen müsse eine systematische Erfassung erfolgen.

Bürgermeister Sarach berichtet, dass im Rahmen der Sanierungsmaßnahme Schulzentrum Am Heimgarten nach Abschluss diese als grundsätzlich erledigt galt. Das jedoch dann in einer Zwischenwand Bleileitungen gefunden wurden, sei im Rahmen der Begehungen nicht erkennbar gewesen.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem nachfolgenden Beschlussvorschlag der Vorlagennummer 2019/082 wie folgt zu:

„1. Der überplanmäßigen Auszahlung gemäß § 95 d GO in Höhe von 50.000 € bei dem PSK 21705.0900000, Projekt 105, „Erneuerung des Chemieraumes in der Stormarnschule“ wird zugestimmt.

2. Der außerplanmäßigen Auszahlung gemäß § 95 d GO in Höhe von 100.000 € bei dem PSK 21705.0900000, Projekt 139, **„**Erneuerung der Trinkwasserinstallationen im Gebäudetrakt von 1950“ als Sofortmaßnahme wird zugestimmt.

Die PSK 21705.0900000-105 und 21705.0900000-139 werden für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Einwände gegen die Niederschrift noch möglich

Deckungsvorschlag:

zu 1: Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben in gleicher Höhe auf dem PSK 21705.0900000 (Auftrags-Nr. 701063) - Sanierung Druckhalterung.

zu 2: Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben in gleicher Höhe auf dem PSK 21705.5211010 (Auftrags-Nr. 801768) - Sanierung Trinkwasserinstallation.“

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

Einwände gegen die Niederschrift noch möglich

2019/068

14. Schulzentrum Am Heimgarten
- **Sanierung der WC-Anlagen im Hauptgebäude**
- **Antrag auf eine überplanmäßige Ausgabe i. H. v. 42.500 € gem. § 95 d GO**

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses Herr Schubbert-von Hobe hält den Sachvortrag.

Die Stadtverordneten stimmen anschließend dem nachfolgenden Beschlussvorschlag der Vorlagennummer 2019/068 wie folgt zu:

„Der überplanmäßigen Auszahlung gem. § 95 d GO in Höhe von 42.500 € bei dem PSK 21700.0900000 Projekt 137 „Sanierung der WC-Anlagen im Schulzentrum“ wird zugestimmt.

Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen in gleicher Höhe auf dem PSK 21100.2317000 - Aufzulösende Zuschüsse private Unternehmen (Grundschule Am Schloss - Folgekostenausgleich Erlenhof).“

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Einwände gegen die Niederschrift noch möglich

2019/064

15. Spiel Sport Club Hagen Ahrensburg von 1947 e. V. (SSC Hagen)
- Verlängerung des Nutzungsvertrages über die Bewirtschaftung und Unterhaltung der städtischen Sportanlage Am Hagen

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses Herr Schubbert-von Hobe hält den Sachvortrag.

Die Stadtverordneten stimmen anschließend dem nachfolgenden Beschlussvorschlag der Vorlagennummer 2019/064 wie folgt zu:

„Der Verlängerung des Nutzungsvertrages auf unbestimmte Zeit zwischen der Stadt Ahrensburg und dem SSC Hagen über die Bewirtschaftung und Unterhaltung der Sportanlage Am Hagen vom 04.12.2017/22.12.2017 wird zugestimmt."

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Einwände gegen die Niederschrift noch möglich

2019/069

16. Neubau des Freizeitbades badlantic am Standort Reeshoop 60 Bestimmung der Bauträgerschaft

Stadtverordneter und Mitglied der Hauptausschusses Herr D. Levenhagen hält den Sachvortrag.

Bürgermeister Sarach erklärt, dass bereits eine Kenntnisnahme zur Zuständigkeit der Ausschüsse im Hauptausschuss erfolgt ist. Um eine Rechtswidrigkeit zu vermeiden, zieht er die Ziffern zwei und drei des Beschlussvorschlags der Vorlagen Nr. 2019/069 zwecks nochmaliger Aufbereitung der Angelegenheit für den Hauptausschuss zurück.

Nach weiteren Wortbeiträgen durch Stadtverordneten Randschau und Bürgermeister Sarach wird über den nachfolgenden Beschlussvorschlag der Vorlagen Nr. 2019/069 wie folgt abgestimmt:

„Die Stadt Ahrensburg übernimmt die Trägerschaft für die Planung und den Neubau des Freizeitbades badlantic am Standort Reeshoop 60.“

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Einwände gegen die Niederschrift noch möglich

AN/038/2019

17. Antrag der WAB
- Resolution zum Lärmschutz wegen Fehmarnbeltquerung

Stadtverordneter Dr. Steuer trägt den Antrag AN/038/2019 der WAB-Fraktion über eine *„Resolution zum Lärmschutz wegen der Fehmarnbeltquerung“* vor:

„Die Stadtverordneten bitten die Verwaltung, umgehend mit dem Kreis Stormarn Kontakt aufzunehmen, um die Interessen der an der Bahnlinie liegenden Gemeinden zu bündeln und gemeinsam zu vertreten. Die bisherige Aussage der DB, dass ein Lärmschutz nicht verpflichtend sei, wenn der zu erwartende Güterverkehr auf den Bestandsgleisen abgewickelt wird, ist nicht zu akzeptieren. Ebenso ist das Ausweichgleis, welches am Ahrensburger Bahnhof auf einer Länge von mehr als 800 Metern entstehen soll, außerhalb des am dichtesten besiedelten Gebietes zu realisieren. Da alle Gemeinden entlang der Bahnstrecke Hamburg – Lübeck mit diesem Problem umgehen müssen, ist ein gemeinsames Vorgehen dringend geboten, um die Interessen optimal vertreten zu können. Ein Regionalrat entsprechend dem Kreis Ostholstein erscheint als ein zu bevorzugender Weg, um die Interessen der Gemeinden im Kreis Stormarn gegenüber der DB zu vertreten.“

Stadtverordneter Dr. Steuer begründet den Antrag wie folgt: Mit der Resolution soll erreicht werden, dass die Stadt Ahrensburg mit anderen Gemeinden zusammenwirkt, um eine gute Lösung bei Öffnung der Fehmarnbeltquerung zu finden. Sechs Meter hohe Lärmschutzwände seien wegen des Stadtbildes nicht zumutbar. Die Resolution bezieht sich auf die Auswirkungen einer freigegebenen Fehmarnbeltquerung bei gleichzeitig stark verzögerter S4-Fertigstellung. In diesem Szenario würden der Güterverkehr ohne weiteren Lärmschutz auf der Bestandsstrecke abgewickelt und weite Siedlungsbereiche in Ahrensburg und im Kreis Stormarn sehr erheblich belastet. Würde die S4 nur bis Rahlstedt gebaut, gebe es keinen neuen Lärmschutz, aber einen sehr eheblichen Güterverkehr - insbesondere in der Nacht. Dem Plan, den Güterverkehr ausgerechnet durch das dicht besiedelte Gebiet entlang der Bahnstrecke zu leiten, gehöre abgewendet. Mit der Resolution soll verlangt werden, dass bei den Planungen alle Alternativen der Lenkung der Güterverkehre, die nicht das Ziel Hamburg haben, durch möglichst wenig besiedelte Bereiche untersucht werden.

Stadtverordneter Schmidt erläutert den Ergänzungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen zur Resolution zum Lärmschutz wegen Fehmarnbeltquerung (AN/039/2019), der wie folgt lautet:

„Der letzte Satz des Antrages der WAB Fraktion AN/038/2019:

„Ein Regionalrat entsprechend dem Kreis Ostholstein erscheint als ein zu bevorzugender Weg, um die Interessen der Gemeinden im Kreis Stormarn gegenüber der DB zu vertreten.“

wird geändert in:

„Die Stadt Ahrensburg setzt sich aktiv dafür ein, dass für die Kreise Stormarn und Herzogtum-Lauenburg ein Planungsverfahren analog zum Verfahren in Ostholstein eingesetzt wird.

Einwände gegen die Niederschrift noch möglich

Dazu gehören die entsprechenden Dialogforen, Bürgerbeteiligung, Regionalrat, Untersuchung von alternativen Trassen etc. sowie eine transparente Darstellung der Entscheidungsprozesse. Das Projekt „Hinterland Anbindung Fehmarn Belt Querung“ ist entsprechend zu erweitern und ausreichend zu budgetieren.“

Stadtverordneter Proske erklärt, dass die SPD-Fraktion die Resolution der WAB-Fraktion (AN/038/2019) und den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen (AN/039/2019) unterstütze. Darüber hinaus stellt die SPD-Fraktion nachfolgenden Ergänzungsantrag zu AN/038/2019 „Resolution zum Lärmschutz wegen Fehmarnbeltquerung“:

„Die Stadtverordnetenversammlung appelliert an die Abgeordneten des Landtagswahlkreises Stormarn-Mitte bzw. des Bundestagswahlkreises Stormarn-Lauenburg sowie an die Landesregierung, sich im Interesse der Bürgerinnen und Bürger für die Abwicklung des Güterverkehrs auf alternativen Trassen einzusetzen.“

Stadtverordneter Stukenberg von Bündnis 90/Die Grünen erklärt, dass er bezüglich des SPD-Antrages Probleme mit der Abwicklung des Güterverkehrs auf alternativen Trassen habe, anstatt sich ausdrücklich gegen eine Fehmarnbeltquerung auszusprechen. Dies sei Sankt Florians Prinzip: „Hauptsache nicht bei uns“.

Stadtverordneter Proske fügt zu, dass nicht festgelegt worden sei, für welche Alternativtrasse die Abgeordneten sich einsetzen sollen. Eine enorme Lärmbelastung in dicht besiedelten Räumen durch Güterverkehr sei eine erhebliche Gesundheitseinschränkung. Da müsse man überlegen, welche Alternativen es gibt, die man gegeneinander abwäge.

Stadtverordneter Dr. Steuer von der WAB-Fraktion fügt ergänzend hinzu, dass Alternativtrasse auch die Möglichkeit beinhalte, dass der Güterverkehr nicht den Zielort Hamburg habe und gegebenenfalls auch noch nicht existierende Umleitungstrassen prüfe.

Stadtverordneter Kleinschmidt von der CDU-Fraktion führt aus, dass die CDU-Fraktion sämtliche Anträge zur Resolution unterstütze. Er plädiert dafür, dass alle Fraktionen „an einem Strang ziehen“ und sich nicht auseinanderdividieren lassen und alternative Trassen für eine Umleitung des Güterverkehrs zur Entlastung des Ahrensburger Stadtgebietes eingesetzt werden müssen.

Stadtverordneter Bellizzi von der FDP-Fraktion plädiert dafür, sich für eine Umleitung des Güterverkehrs auf unterschiedliche Strecken einzusetzen und nicht ausschließlich über das Ahrensburger Stadtgebiet.

Stadtverordnete Koenig von Bündnis 90/Die Grünen beantragt folgende Änderung des 2. Halbsatzes des wie vor aufgeführten Antrages der SPD-Fraktion:

….*„im Interesse der Bürgerinnen und Bürger für die Abwicklung des Güterverkehrs auf alternativen Trassen zu* ***prüfen****.“*

Es folgen weitere Wortbeiträge durch die Stadtverordneten Bellizzi und B. Stukenberg.

Stadtverordneter Schrader von der Fraktion Die Linke spricht sich für die Resolution und den Einsatz der Abwicklung des Güterverkehrs auf alternativen Trassen aus.

Einwände gegen die Niederschrift noch möglich

Stadtverordnete Schmick von der WAB-Fraktion beantragt die Ergänzung des 2. Halbsatzes des Antrages der SPD-Fraktion wie folgt:

*…„sich im Interesse der Bürgerinnen und Bürger für die Abwicklung des Güterverkehrs **auch** auf alternativen Trassen einzusetzen.“*

Stadtverordnete Koenig von Bündnis 90/Die Grünen zieht ihren Antrag zurück.

Stadtverordneter Dr. Steuer von der WAB-Fraktion übernimmt in dem Antrag der WAB-Fraktion AN/038/2019, den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen AN039/2019 einschließlich dem in der heutigen Sitzung gestellten Antrag der SPD-Fraktion mit dem Änderungsantrag der WAB-Fraktion von Stadtverordnete Schmick, sodass über nachfolgende Resolution abgestimmt wird:

„Die Stadtverordneten bitten die Verwaltung umgehend mit dem Kreis Stormarn Kontakt aufzunehmen, um die Interessen der an der Bahnlinie liegenden Gemeinden zu bündeln und gemeinsam zu vertreten. Die bisherige Aussage der DB, dass ein Lärmschutz nicht verpflichtend sei, wenn der zu erwartende Güterverkehr auf den Bestandsgleisen abgewickelt wird, ist nicht zu akzeptieren. Ebenso ist das Ausweichgleis, welches am Ahrensburger Bahnhof auf einer Länge von mehr als 800 Metern entstehen soll, außerhalb des am dichtesten besiedelten Gebietes zu realisieren. Da alle Gemeinden entlang der Bahnstrecke Hamburg – Lübeck mit diesem Problem umgehen müssen, ist ein gemeinsames Vorgehen dringend geboten, um die Interessen optimal vertreten zu können.

Die Stadt Ahrensburg setzt sich aktiv dafür ein, dass für die Kreise Stormarn und Herzogtum-Lauenburg ein Planungsverfahren analog zum Verfahren in Ostholstein eingesetzt wird. Dazu gehören die entsprechenden Dialogforen, Bürgerbeteiligung, Regionalrat, Untersuchung von alternativen Trassen etc. sowie eine transparente Darstellung der Entscheidungsprozesse. Das Projekt „Hinterland Anbindung Fehmarnbelt Querung“ ist entsprechend zu erweitern und ausreichend zu budgetieren. Die Stadtverordnetenversammlung appelliert an die Abgeordneten des Landtagswahlkreises Stormarn-Mitte bzw. des Bundestagswahlkreises Stormarn-Lauenburg sowie an die Landesregierung, sich im Interesse der Bürgerinnen und Bürger für die Abwicklung des Güterverkehrs auch auf alternativen Trassen einzusetzen.“

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

Einwände gegen die Niederschrift noch möglich

2019/081

18. Anpassung der Verwaltungsorganisation der Stadt Ahrensburg

Der Tagesordnungspunkt wurde im Rahmen des Tagesordnungspunktes „Festsetzung der Tagesordnung“ vom Bürgermeister zurückgezogen.

Einwände gegen die Niederschrift noch möglich

2019/077/1

19. Erlass der II. Nachtragshaushaltssatzung 2019
- Beschlussfassung über den 2. Nachtragsstellenplan

Stadtverordneter und Mitglied des Hauptausschusses Herr D. Levenhagen hält den Sachvortrag.

Dem Antrag des Stadtverordneten Bellizzi von der FDP-Fraktion auf eine 15-minütige Sitzungsunterbrechung wird mit der erforderlichen Mehrheit zugestimmt.

Nach Unterbrechung der Sitzung und weiteren Wortbeiträgen der Stadtverordneten D. Levenhagen, Bellizzi und Brandt stimmt die Stadtverordnetenversammlung dem Beschlussvorschlag der Vorlagennummer 2019/077.1, der wie folgt lautet, zu:

„Der 2. Nachtragsstellenplan für das Haushaltsjahr 2019 wird in der beigefügten Ausfertigung beschlossen (Anlagen 1 bis 3 der Vorlagen Nr. 2019/077.1).“

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Einwände gegen die Niederschrift noch möglich

2019/080/1

20. Erlass der II. Nachtragshaushaltssatzung 2019

Stadtverordneter und Mitglied des Hauptausschusses Herr D. Levenhagen hält den Sachvortrag.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem nachfolgenden Beschlussvorschlag der Vorlagennummer 2019/080/1 wie folgt zu:

„Der II. Nachtragshaushaltssatzung 2019 in der als **Anlage 1 der Vorlage 2019/080/1** beigefügten Fassung wird zugestimmt.

Die Verpflichtungsermächtigen (VE) werden nicht verändert."

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

Einwände gegen die Niederschrift noch möglich

2019/072

21. Neubau Moorwanderwegbrücke / Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe

Stadtverordneter und Vorsitzender des Umweltausschusses Herr Schmidt hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion kritisiert die seiner Auffassung nach hohen Mehrkosten für die Moorwanderwegbrücke.

Stadtverordneter Schmidt führt im Namen von Bündnis 90/Die Grünen aus, dass die Moorwanderwegbrücke kein Schiffs- oder Bootsanlegesteg, sondern eine in Deutschland einzigartige Brücke sei. Die Verwaltung habe sehr viel Mühe investiert, um eine bessere Kostenschätzung zu erhalten, zumal es keine weitere Brücke dieser Art in Deutschland gebe. Darüber hinaus habe die Verwaltung eine annähernd 50-prozentige Förderung erhalten.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem nachfolgenden Beschlussvorschlag der Vorlagennummer 2019/072 wie folgt zu:

„Für die Erhöhung der Kosten des Bauvorhabens Moorwanderwegbrücke im Produktsachkonto 55100.0900002/501 wird eine überplanmäßige Ausgabe über 17.000 € bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben bei dem Produktsachkonto 55105.0900002/406 - Neubau Skateanlage Stormarnplatz.“

Abstimmungsergebnis: **35 dafür**
1 Enthaltung

Einwände gegen die Niederschrift noch möglich

2018/115/1

22. Stormarnplatz
- Errichtung einer Tiefgarage und eines urbanen Stadtparks

22.1 Alternativantrag der FDP-Fraktion zur Beschlussvorlage 2018/115/1 "Errichtung eines Parkhauses als Alternative zum Bau einer Tiefgarage unter dem Stormarnplatz" (AN/021/2019)

22.2 Änderungsantrag Vorlage 2018/115/1 "Stormarnplatz-Tiefgarage" (AN/030/2019)

22.3 Änderungsantrag "Stormarnplatz-Tiefgarage" der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (AN/035/2019)

22.4 Antrag der FDP-Fraktion Alternativantrag zur Beschlussvorlage 2018/115/1 - Version 3 (AN/021/2019) - Errichtung eines Parkhauses als Alternative zum Bau einer Tiefgarage unter dem Stormarnplatz (AN/036/2019)

Dem Antrag des Stadtverordneten Mercan auf eine 15-minütige Unterbrechung der Sitzung zwecks Beratung wird mit der erforderlichen Mehrheit der Stadtverordneten zugestimmt.

Nach Beendigung der Unterbrechung der Sitzung hält Stadtverordneter und Vorsitzender des Umweltausschusses Herr Schmidt den Sachvortrag. Die Empfehlung des Umweltausschusses am 24.06.2019 zum TOP „Stormarnplatz – Errichtung einer Tiefgarage und eines urbanen Stadtparkes“ lautet wie folgt:

„1.

- *Der UA gibt die Wiese hinter dem Rathaus temporär für die Errichtung eines provisorischen Parkplatzes frei. Dieser dient ausschließlich zur Kompensation der weggefallenen Parkplätze auf der Alten Reitbahn und für Baustelleneinrichtungen zur Rathaussanierung.*
- *Im Umkreis des Peter-Rantzau-Hauses und des Bruno-Bröker-Hauses und der Juki 42 werden nach Absprache Grünflächen auf dem Stormarnplatz erhalten.*
- *Der Mutterboden ist im Bereich der Parkplätze und Zufahrten abzutragen und fachgerecht in Mieten bzw. Erdwällen zu lagern.*
- *Für die Herstellung der temporären Parkplätze und Zufahrten werden weder Beton noch Asphalt verwendet. Es wird das umweltschonendste und bodenfreundlichste Verfahren angewendet.*

Einwände gegen die Niederschrift noch möglich

2. *Die Zu- und Abfahrt des Parkplatzes soll möglichst nicht über die Manfred-Samusch-Straße erfolgen, da dieser Bereich für den Bau der Rathauserweiterung benötigt wird. Alternative Zu- und Abfahrten könnten sein die Stormarnstraße oder vorübergehend die Klaus-Groth-Straße.*

3.

- *Der temporäre Parkplatz auf dem Stormarnplatz wird frühestens mit der Schließung des Parkplatzes auf der Alten Reitbahn geöffnet.*
- *Der zeitliche Ablauf der Herstellung des provisorischen Parkplatzes wird mit den Baumaßnahmen auf der Alten Reitbahn so koordiniert, dass er genau rechtzeitig zur Verfügung steht.*
- *Dieser Parkplatz wird geschlossen entweder bei Baubeginn der Tiefgarage oder wenn der Beschluss gefasst wird, keine Tiefgarage zu bauen.*

4. ***Einzelabstimmung, Antrag der Verwaltung zur Vorlage 2018/115/1***

Die Verwaltung bereitet die Auslobung eines gemeinsamen hochbaulichen Realisierungswettbewerbes für den Bau der Tiefgarage des urbanen Parks sowie des Erweiterungsbaus des Ahrensburger Rathauses schnellstmöglich vor.

a) Parallel erfolgt eine qualifizierte Abwägung von Alternativen zur Tiefgarage sowie Parkhaus und Parkplatz.

b) Über die Bestlösung wird vor Veröffentlichung der Wettbewerbsausschreibung abgestimmt.

c) Im Rahmen des Wettbewerbs erfolgt die Analyse der Zu- und Abfahrten sowie der damit verbundenen weiteren baulichen Maßnahmen.

d) Das Raumprogramm für den Rathauserweiterungsbau wird vor Veröffentlichung der Wettbewerbsausschreibung abgestimmt.

5. *Nach Beschlussfassung der unter Punkt 4. erarbeiteten Bestlösungen bereitet die Verwaltung die notwendigen Planungen ggf. Wettbewerbe und Ausschreibungen vor. Ziel ist es, diese Prozesse bis Ende 2021 abzuschließen.*

6. *Soll die Zu- und Abfahrt der parkenden Autos über die Manfred-Samusch-Straße erfolgen, sind die Rampen unter dem Rathausanbau Teil dieser Bauphase.*

7. *Sollte die präferierte dauerhafte Lösung eine Tiefgarage unter der Freifläche hinter dem Rathaus sein, so kann mit dem Bau begonnen werden, sobald der Bau auf der Reitbahn fertig ist und die dortigen Tiefgaragenplätze verfügbar sind.“*

Stadtverordneter Dr. Steuer von der WAB-Fraktion moniert, dass Ziffer 4c des Antrages der WAB-Fraktion AN/030/2019 - Änderungsantrag zur Vorlage 2018/115/1 / Stormarnplatz Tiefgarage - geändert worden sei, obwohl dieser Punkt der WAB sehr wichtig sei. Es handelt sich hierbei darum, dass vorab festgestellt werde, dass der Verkehr ordnungsgemäß abfließen kann.

Einwände gegen die Niederschrift noch möglich

Er beantragt den Punkt 4c, der wie folgt lautet, wieder einzufügen:

„Die Verwaltung erarbeitet schnellstmöglich eine vertiefte Analyse der optimalen Gestaltung der dauerhaften Zu- und Abfahrten für die Alternativen Parkplatz, Parkhaus und Tiefgarage. Das kann auch weiträumige Umgestaltungen der Umgebung bedeuten, wie zum Beispiel der Bau eines Kreisverkehrs oder die Öffnung der Sackgasse Stormarnstraße.“

Die Maßnahme sollte parallel zu dem Wettbewerb erfolgen.

Herr Grammerstorf vom Kinder- und Jugendbeirat stellt anschließend nachfolgenden Änderungsantrag:

„Der zweite Unterpunkt von Punkt 1 der Empfehlung des Umweltausschusses wird ersetzt durch *„Die maximale Größe des vorübergehenden Parkplatzes wird auf 60 Stellplätze begrenzt. Die genaue Lage der Grünfläche wird mit dem Bruno-Bröker-Haus, Peter-Rantzau-Haus, JuKi 42 und ASG Yawara e.V. abgestimmt.“*

Stadtverordneter Bellizzi verweist auf den Änderungsantrag der FDP-Fraktion AN Nr. 036/2019. Anstatt eines provisorischen Parkplatzes auf dem Stormarnplatz sollte ein provisorischer Parkdeckbau neben dem JuKi42 an der Stelle des jetzigen Parkplatzes errichtet werden. Auf dieser Fläche wäre die Bereitstellung der notwendigen Parkplätze möglich, ohne die vorhandenen Fußballplätze zu tangieren und bestehende Bäume zu gefährden. Die erforderliche Zufahrt sei bereits vorhanden. Der Auf- und Abbau von Parkdecks sei schnell und unkompliziert.

Stadtverordnete N. Levenhagen erklärt, dass Bündnis 90/Die Grünen sich weiter für das Training der Sportvereine auf dem Sportplatz des Stormarnplatzes einsetzen werden. Die vom KiJuB benötigten Flächen sollten im Rahmen einer Ortsbesichtigung mit dem Umweltausschuss und dem KiJuB festgestellt werden. In Bezug auf die Ausführungen des Stadtverordneten Bellizzi von der FDP-Fraktion zweifelt sie an, dass die Baumreihe auf dem Parkplatz neben dem JuKi 42 bei Errichtung eines Parkdecks erhalten bleibt. Bündnis 90/Die Grünen wird einem Parkdeckbau als Alternative nicht zustimmen, da ausschließlich und einzige Zu- und Abfahrt zum Parkdeck die Stormarnstraße sei. Darüber hinaus würde man vom urbanen Stadtpark dann direkt auf ein hohes Parkdeck sehen.

Stadtverordneter B. Stukenberg von Bündnis 90/Die Grünen kündigt an, dass er nicht einheitlich mit seiner Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in dieser Angelegenheit abstimmen wird. Er stehe der Bereitstellung von Parkplätzen kritisch gegenüber und plädiert für die verstärkte Nutzung von Rad- und Gehweg, um nicht noch mehr Verkehr zu erzeugen. Es sollte stattdessen verstärkt in die Infrastruktur für Radwege und Fahrradparkhäuser investiert werden. Er wird den FDP-Antrag ablehnen und sich bei der Abstimmung über die Empfehlung des Umweltausschusses enthalten.

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion kritisiert nicht vorgesehene Bodenversiegelungen auf dem provisorischen Parkplatz mit zusätzlichem Staub und Schlaglöchern. Die Empfehlung des Umweltausschusses würde eine Tiefgarage priorisieren. Eine Tiefgarage sei jedoch teuer, grenzwertig, unansehnlich und würde den urbanen Park gefährden. Er stellt den Bau einer entsprechenden Tiefgarage mit Kosten und städtebaulichen Folgen infrage.

Einwände gegen die Niederschrift noch möglich

Stadtverordneter Levenhagen führt im Namen der CDU-Fraktion aus, dass diese den Bau einer Tiefgarage favorisiert, da die Einwohner nicht nur die erforderlichen Parkplätze erhalten, sondern auch die urbane Grünfläche vorteilhaft nutzen können, ohne auf ein 10 Meter hohes Parkdeck zu sehen.

Stadtverordneter Mercan erklärt, dass die Fraktion Die Linke. der Empfehlung des Umweltausschusses mit einer Tiefgarage nicht zustimmen wird. Es sollten Alternativen zu dem Erhalt der Grünfläche geprüft werden. Die Fraktion Die Linke. spricht sich für den Bau eines Parkdecks aus.

Stadtverordneter Schmidt von Bündnis 90/Die Grünen berichtet, dass in der Vorlage keine explizite Festschreibung der Anzahl der zu errichtenden Parkplätze erfolgt sei. Dieser Prozess sei noch nicht abgeschlossen.

Stadtverordneter Bellizzi von der FDP-Fraktion kritisiert, dass gem. Satz 1 der Empfehlung des Umweltausschusses bereits die Auslobung eines gemeinsamen hochbaulichen Realisierungswettbewerbs für den Bau der Tiefgarage schnellstmöglich vorbereitet werden soll, obwohl gemäß Ziffer 4a) der Empfehlung des Umweltausschusses eine qualifizierte Abwägung von Alternativen zur Tiefgarage wie Parkhaus und Parkplatz erfolgen soll. Er bezweifelt, dass sich eine Mehrheit in den Gremien für den Bau der Tiefgarage finden wird, für die dann bereits ein Realisierungswettbewerb mit Planungsgeldern vorbereitet worden sei. Der Bau der Tiefgarage sollte deshalb zunächst nicht bei der Anmeldung der Fördergelder berücksichtigt werden. Er beantragt eine Änderung der Empfehlung des Umweltausschusses dahingehend, dass in Nummer 4 Satz 1 der Zusatz „für den Bau der Tiefgarage“ gestrichen wird. Die FDP-Fraktion wird die Empfehlung des Umweltausschusses ablehnen. Er plädiert dafür, ein Parkkonzept zur Lösung der Parksituation zu erarbeiten.

Die Stadtverordneten stimmen dem Antrag des Stadtverordneten Eckert - nach einem weiteren Wortbeitrag des Stadtverordneten Mercan - auf Ende der Rednerliste mit 19 Ja- und 17 Nein-Stimmen zu.

Stadtverordnete N. Levenhagen von Bündnis 90/Die Grünen erklärt, dass gem. Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses eine Realisierung des urbanen Parks auf jeden Fall erfolge. Die Tiefgarage werde ausschließlich im Wettbewerb mit berücksichtigt. Es handele sich hierbei um eine Machbarkeitsstudie und nicht um Planungen. Die Tiefgarage werde im Zusammenhang damit gesehen, dass Parkplätze aus der Innenstadt entfallen. Im Rahmen der Machbarkeitsstudie soll die Einfügung der Tiefgarage in das Stadtbild geprüft werden.

Stadtverordneter Egan von der WAB-Fraktion fügt hinzu, dass auf Wunsch der Jugendlichen ein Kino in der Bahnhofstraße errichtet werden soll. Sollte dem vorgeschlagenen Modell der Stadt gefolgt werden, wird in diesem Zusammenhang für die Bauphase ein provisorischer Parkplatz benötigt. Zum Parkdeck führt er aus, dass in Bargteheide zurzeit ein Parkdeck mit Kosten i. H. v. ca. 2,6 Mio. Euro für 70 Parkplätze geplant sei, somit bei 150 Parkplätzen ca. 5 Mio. Euro für ein Provisorium bei der Stadt Ahrensburg. Die Fraktionen hätten übereinstimmend dem städtebaulichen Förderantrag zur Reduzierung der Dominanz der PKW in der Innenstadt zugestimmt.

Man könne jedoch u. a. auch ältere Einwohner nicht zwingen, mit dem Fahrrad in die Stadt zu fahren - mit der Gefahr auch einer Änderung des Einkaufs-

verhaltens der Einwohner. Bei einer Zustimmung zur Empfehlung des Umweltausschusses handele es sich um keinen Automatismus für den Bau einer Tiefgarage, sondern den Parkenden auf der Alten Reitbahn Alternativen anzubieten. Die WAB-Fraktion wird der Empfehlung des Umweltausschusses zustimmen.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch Stadtverordnete Proske, M. Stukenberg, Schmick und D. Levenhagen.

Der Antrag des Stadtverordneten Kubczigk auf Schluss der Sitzung wird mit 26 Nein-Stimmen, 8 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen abgelehnt.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten über den Antrag der FDP-Fraktion AN/036/2019, der wie folgt lautet, ab:

„Der Ausschuss und die Stadtverordnetenversammlung mögen alternativ zu dem Beschlussvorlagenpunkten 1. und 2. beschließen:

1. Umsetzung einer modifizierten Variante 7 der „Anlage 2“ der Vorlage: Die Umsetzung eines Parkhauses auf dem südlichen Stormarnplatz, Lage s. Bild zum Antrag AN/036/2019. Dabei sind folgende Modifizierungen auch zulasten der Gesamtstellplatzkapazität des Hauses zu berücksichtigen:

1.1 Die Fußballplätze sind zu erhalten.

1.2 Die Baumreihe direkt an der Straße „An der Reitbahn“ ist zu erhalten. Sollten aus überzeugenden Gründen die Bäume an der Straße „An der Reitbahn“ nicht zu erhalten sein, ist die Straßenfront des Parkhauses zu begrünen.

1.3 Es sollen auf 4 Ebenen pro Parkebene - wie jetzt zu ebener Erde - 4 Parkreihen angeboten werden, im Bereich des westlichen Fußballplatzes nur 3.

1.4 Die mögliche Anzahl der Stellplätze und Parkebenen des aus Standardteilen zu errichtenden Parkhauses ist zu ermitteln und per Beschluss der Gremien später festzulegen.

2. Der Bau einer Tiefgarage unter dem Stormarnplatz entfällt. Der urbane Park mit Bewegungsangeboten für unterschiedliche Altersgruppen - einschließlich einer Skateranlage - ist weiter zu planen und schnellstmöglich zu errichten.

3. Die Auslobung eines gemeinsamen hochbaulichen Realisierungswettbewerbs für den Park und des Erweiterungsbaus des Ahrensburger Rathauses ist durchzuführen.“

Abstimmungsergebnis: **12 dafür**
22 dagegen
2 Enthaltungen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Anschließend wird über den Antrag des Kinder- und Jugendbeirates, der wie folgt lautet, abgestimmt:

Einwände gegen die Niederschrift noch möglich

„Der zweite Unterpunkt von Punkt 1 der Empfehlung des Umweltausschusses wird ersetzt durch *„Die Maximale Größe des vorübergehenden Parkplatzes wird auf 60 Stellplätze begrenzt. Die genaue Lage der Grünfläche wird mit dem Bruno-Bröker-Haus, Peter-Rantzau-Haus, JuKi 42 und ASG Yawara e.V. abgestimmt.“*

Abstimmungsergebnis: **10 dafür**
23 dagegen
3 Enthaltungen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Dann wird über den Antrag der FDP-Fraktion mit Abänderung der Ziffer 4 der Empfehlung des Umweltausschusses abgestimmt:

„In Punkt 4, erster Absatz werden die Worte „Bau der Tiefgarage“ gestrichen.“

Abstimmungsergebnis: **13 dafür**
21 dagegen
2 Enthaltungen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Anschließend wird über den Antrag der WAB-Fraktion des Stadtverordneten Dr. Steuer, in Punkt 4 c der Empfehlung des Umweltausschusses folgenden Text einzufügen, abgestimmt:

„Die Verwaltung erarbeitet schnellstmöglich eine vertiefte Analyse der optimalen Gestaltung der dauerhaften Zu- und Abfahrten für die Alternativen Parkplatz, Parkhaus und Tiefgarage. Das kann auch weiträumige Umgestaltungen der Umgebung bedeuten, wie zum Beispiel der Bau eines Kreisverkehrs oder die Öffnung der Sackgasse Stormarnstraße.“

Abstimmungsergebnis: **23 dafür**
6 dagegen
7 Enthaltungen

Dem Antrag ist somit zugestimmt.

Anschließend wird über die nachfolgende Empfehlung des Umweltausschusses unter Berücksichtigung vorgenannter Änderung abgestimmt:

„1.

- *Der UA gibt die Wiese hinter dem Rathaus temporär für die Errichtung eines provisorischen Parkplatzes frei. Dieser dient ausschließlich zur Kompensation der weggefallenden Parkplätze auf der Alten Reitbahn und für Baustelleneinrichtungen zur Rathaussanierung.*
- *Im Umkreis des Peter-Rantzau-Hauses und des Bruno-Bröker-Hauses und der Juki 42 werden nach Absprache Grünflächen auf dem Stormarnplatz erhalten.*
- *Der Mutterboden ist im Bereich der Parkplätze und Zufahrten abzutragen und fachgerecht in Mieten bzw. Erdwällen zu lagern.*

Einwände gegen die Niederschrift noch möglich

- *Für die Herstellung der temporären Parkplätze und Zufahrten werden weder Beton noch Asphalt verwendet. Es wird das umweltschonendste und bodenfreundlichste Verfahren angewendet.*

2. *Die Zu- und Abfahrt des Parkplatzes soll möglichst nicht über die Manfred-Samusch-Straße erfolgen, da dieser Bereich für den Bau der Rathauserweiterung benötigt wird. Alternative Zu- und Abfahrten könnten sein die Stormarnstraße oder vorübergehend die Klaus-Groth-Straße.*

3.

- *Der temporäre Parkplatz auf dem Stormarnplatz wird frühestens mit der Schließung des Parkplatzes auf der Alten Reitbahn geöffnet.*
- *Der zeitliche Ablauf der Herstellung des Provisorischen Parkplatzes wird den Baumaßnahmen auf der Alten Reitbahn so koordiniert, dass er genau rechtzeitig zur Verfügung steht.*
- *Dieser Parkplatz wird geschlossen entweder bei Baubeginn der Tiefgarage oder wenn der Beschluss gefasst wird, keine Tiefgarage zu bauen.*

4. ***Einzelabstimmung, Antrag der Verwaltung zur Vorlage 2018/115/1***

Die Verwaltung bereitet die Auslobung eines gemeinsamen hochbaulichen Realisierungswettbewerbes für den Bau der Tiefgarage des urbanen Parks sowie des Erweiterungsbaus des Ahrensburger Rathauses schnellstmöglich vor.

a) Parallel erfolgt eine qualifizierte Abwägung von Alternativen zur Tiefgarage sowie Parkhaus und Parkplatz.

b) Über die Bestlösung wird vor Veröffentlichung der Wettbewerbsausschreibung abgestimmt.

c) Im Rahmen des Wettbewerbs erfolgt die Analyse der Zu- und Abfahrten sowie der damit verbundenen weiteren baulichen Maßnahmen.Die Verwaltung erarbeitet schnellstmöglich eine vertiefte Analyse der optimalen Gestaltung der dauerhaften Zu- und Abfahrten für die Alternativen Parkplatz, Parkhaus und Tiefgarage. Das kann auch weiträumige Umgestaltungen der Umgebung bedeuten, wie zum Beispiel der Bau eines Kreisverkehrs oder die Öffnung der Sackgasse Stormarnstraße.

d) Das Raumprogramm für den Rathauserweiterungsbau wird vor Veröffentlichung der Wettbewerbsausschreibung abgestimmt.

5. *Nach Beschlussfassung der unter Punkt 4. erarbeiteten Bestlösungen bereitet die Verwaltung die notwendigen Planungen - ggf. Wettbewerbe und Ausschreibungen - vor. Ziel ist es, diese Prozesse bis Ende 2021 abzuschließen.*

6. *Soll die Zu- und Abfahrt der parkenden Autos über die Manfred-Samusch-Straße erfolgen, sind die Rampen unter dem Rathausanbau Teil dieser Bauphase.*

Einwände gegen die Niederschrift noch möglich

7. *Sollte die präferierte dauerhafte Lösung eine Tiefgarage unter der Freifläche hinter dem Rathaus sein, so kann mit dem Bau begonnen werden, sobald der Bau auf der Reitbahn fertig ist und die dortigen Tiefgaragenplätze verfügbar sind.“*

Auf Verlangen des Stadtverordneten Bellizzi im Namen der FDP-Fraktion erfolgt eine namentliche Abstimmung (**s. Anlage**).

Abstimmungsergebnis:	**22 dafür**
	13 dagegen
	1 Enthaltung

Der wie vor aufgeführten geänderten Empfehlung des Umweltausschusses ist somit zugestimmt.

Einwände gegen die Niederschrift noch möglich

2019/076

23. Feststellung des Jahresabschlusses 2018 und Behandlung des Jahresergebnisses der Stadtbetriebe Ahrensburg

Stadtverordnete und Vorsitzende des Werkausschusses Frau Johannsen hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter B. Stukenberg von Bündnis 90/Die Grünen dankt dem Leiter der Stadtbetriebe Ahrensburg für die hervorragende Arbeit.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten über den nachfolgenden Beschlussvorschlag der Vorlagennummer 2019/076 wie folgt ab:

1. „Feststellung der Kennzahlen:

Der Jahresabschluss zum 31.12.2018 der Stadtbetriebe Ahrensburg wird mit den folgenden Kennzahlen festgestellt:

1.a	Bilanzsumme	**48.872.448,95 €**
1.b	Summe der Erträge	**9.218.721,33 €**
1.c	Summe der Aufwendungen	**9.015.241,55 €**
1.d	Jahresgewinn aus der Gewinn- und Verlustrechnung	**203.479,78 €**

2. Verwendung des Jahresergebnisses:

Das Jahresergebnis 2018 wird in voller Höhe (203.479,78 €) an den Haushalt der Stadt Ahrensburg abgeführt.“

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

gez. Roland Wilde
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter
Protokollführerin